INFO

UNDOGMATISCHE LINKE - HAMBURG

NR. 6/1974 9.DEZ. DM 0.80

Die Hamburger Linke nach der Ermordung von Holger Meins - Das Elend der Hamburger Spontis - Zur Situation im Knast - Einiges Zur Klug-Aktion - Aufhebung der Mietpreisbindung - Verschiedenes

DIE HAMBURGER LINKE NACH DER ERMORDUNG VON HOLGER MEINS

Seit 2 Monaten befinden sich die Genossen der Roten Armee Fraktion im Hungerstreik. Am 9.November starb Holger Meins.
Sein Tod bewirkte, daß zum ersten Mal seit langer Zeit nahezu die gesamte nicht-reformistische Linke gezwungen wurde, sich intensiv mit der Situation der politischen Gefangenen in den BRD-Knästen zu befassen, diese Situation und die Forderungen der hungerstreikenden Genossen zum Thema ihrer Agitation zu machen.
Am Sonntag, einen Tag nach dem Tod von Holger Meins fanden mehere Aktionseinheitsgespräche im wesentlichen zwischen KPD, KPD/ML, KBW, KB und Folterkomitee sowie ihren jeweiligen "Massenorganisationen" statt. Diese Bündnisgespräche, aus denen der KB schon frühzeitig ausschied, boten das altgewohnte Bild:
Im Vordergrund stand nicht die Notwendigkeit, möglichst umfassend und wirksam auf den Tod des Genossen Holger Meins zu reagieren und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, die zur Unterstützung der Forderungen des Hungestreiks beiträgt; stattdessen geiferten sich die selbsternannten Parteien der Arbeiterklasse gegenseitig an - allen voran die Obersektierer von KPD und KPD/ML - und beschimpften sich gegegenseitig als "Versöhnler", "Rechtsopportunisten"u.ä.
Ein Genosse der GIM, der sich am Aktionsbündnis beteiligen wollte, wurde von AO- und ML-Leuten rausgeschmissen, "weil Trotzkisten Agenten sind".(Daß die GIM die einzige Organisation gewesen war, die sich während der staatlichen Anti-KPD-Kampagne nach der Bonner Rauthausbesetzung an der zentralen Solidaritätsdemonstration der KPD beteiligt hatte, war offensichtlich vergessen.)

Ergebnis der Bündnisverhandlungen war eine Demonstration, die schon am Montag, trotz zeitlich begrenzter Agitationsmöglichkeiten gemacht wurde. Es beteiligten sich etwa 1000 Genossen.

Die Spontis

Auch die undogmatische Linke, die Sponti-Scene, geriet in Bewegung. Am Sonntag wurden in einer Stadtteilgruppe mögliche Aktionsformen diskutiert, noch am selben Abend trafen sich auf Initiative einiger Ärzte-Genossen etwa 20 - 30 Genossen.
Am Anfang stand der Wunsch Aktionsformen zu entwickeln, die über eine einmalige Demonstration hinausging. Denn wir alle haben erlebt, daß Demonstrationen - und ganz besonders die von den K-Gruppen dominierten Demos - immer weniger in der Lage waren bestimmte politische Inhalte nach draußen zu tragen und stattdessen immer mehr zur Nabelschau der verschiedenen Sekten wurden.

In der Stadtteilgruppe und auf dem von den Ärzten initiierten Termin wurde dikutiert, einen Hungerstreik zu machen und - um dem ganzen einen spektakulären Charakter zu geben - vorher ein öffentliches Gebäude zu besetzen. Um dabei nicht gleich wieder von den Bullen herausgeholt zu werden, war vorgeschlagen worden, eine Kirche zu besetzen und sie zu einer Art Aktionszentrum für weitere Aktivitäten zu machen. (Eine ähnliche Aktion war - ziemlich erfolgreich - einige Wochen zuvor in Berlin gelaufen. Vgl. dazu das Berliner INFO Nr. 27 und 28).

Es wurde beschlossen, diese Vorschläge am nächsten Tag weiter zu diskutieren und bis dahin noch möglichst viele Genossen zu mobilisieren.
Am Montag waren es denn auch 40 - 50 Genossen, die sich zusammenfanden - im wesentlichen die alte Spontiscene, die sich vor zwei Jahren vor allem um die Rote Hilfe, den Linksradikalen Flügel der GIM, und die beiden PF´s gruppiert hatte.
Nachdem sich die Wiedersehensfreude etwas gelegt hatte, wurde in der folgenden Diskussion vor allem der Vorschlag einen Hungerstreik zu machen, problematisiert. Der Hungerstreik sei die letzte und einzige Möglichkeit der Genossen, die gegenwärtig im Knast sitzen; für uns sehe die Lage jedoch ganz anders aus: wir haben eine Vielzahl von Aktionsformen, die uns offen stehen, und brauchen deshalb nicht zu einem Mittel greifen, das erstens einen normalerweise wenig sinnvollen masochistischen Charakter hat und zweitens angesichts der Situation der Genossen im Knast lächerlich wirken würde, da ein Hungerstreik unsererseits höchstens über 2 - 3 Tage laufen würde. Trotzdem wurde die Idee, eine Kirchenbesetzung zu machen, weiterhin für sinnvoll gehalten um mit einem spektakulären Akt Aufmerksamkeit für weitere Agitationen zu erregen.
Inzwischen hatte sich jedoch die politische

Scenerie geändert. Die Exekution des Herrn von Drenckmann hatte es der bürgerlichen Presse erlaubt, das Thema Holger Meins weitgehend von der Tagesordnung zu wischen und zur Offensive überzugehen.
Das Verhältnis der meisten Genossen zu dieser Aktion war einigermaßen zwiespältig. Einerseits freuten sich viele Genossen - weil hier ihre Trauer und Wut über den Tod des Genossen Meins einen Ausdruck gefunden hatte, der über ohnmächtige verbale Beschwörungen hinausging. es ist jedoch ziemlich offensichtlich, daß mit dieser Aktion die Möglichkeit, eine breitere Öffentlichkeit über Isolationsfolter und Vernichtungshaft mit einer primär "humanistischen " Stoßrichtung (denn nur so können wir gegenwärtig aus unserer Isolation in punkto RAF rauskommen) aufzuklären, äußerst erschwert wurde.
Am nächsten Tag nun sollte die Frage der Kirchenbesetzung diskutiert werden. Geklärt werden mußte, welche Forderungen aufgestellt werden sollen, welche Zielgruppen mit der Agitation angesprochen werden sollen (Frage der Liberalen), welche Aktionen über die Kirchenbesetzung hinaus möglich sind, wer welche Aufgaben übernimmt usw. usf.

Deutlich geworden ist jedoch nur eins: unsere Unfähigkeit, diese und andere Fragen so zu diskutieren, daß dabei sinnvolle Ergebnisse harauskommen. Stattdessen schlug jeder vor, was ihm gerade in den Sinn kam, dieser und jener Punkt wurde unverbindlich problematisiert und einige Genossen brachten Fragen an, die ansich schon einen Tag vorher längst geklärt worden waren. : Vorherrschend war ein allgemeines Chaos, in dem keine einzige Frage zu Ende diskutiert wurde.

In der allgemeinen Frustration, die schließlich alles andere überlagerte, blieb auch die Kirchenbesetzung selbst auf der Strecke.
Übrig blieb zweierlei: eine Gruppe, die sich um Kontakt mit fortschrittlichen Pfarrern bemühen sollte und eine andere Gruppe, die sich darangemacht hat, eine Art Holger-Meins-Tribunal mit prominenten Linken und Linksliberalen zu organisieren. (In Berlin haben sich an einem derartigen Tribunal, unter anderem mit Rudi Dutschke, Heinz Brandt und den Rechtsanwälten Ströbele, Groenewold und Schily ungefähr 3000 bis 4000 Leute beteiligt. Zum Berliner Tribunal und den dortgeführten Diskussionen vgl. das Berliner INFO Nr.33).

<u>Warum läuft bei uns immer alles so beschissen?</u>

Wir haben in den hier dargestellten Diskussionen nicht zum ersten Mal die Erfahrung gemacht wie beschissen es läuft, wenn 50 Spontis sich mit dem etwas unklaren Gefühl, mal wieder etwas machen zu müssen, zusammen setzen. Ähnlich ist es z.B. auch bei der Straßentheateraktion zu Chile gewesen. Es wäre deshalb eigentlich an der Zeit, sich mal Gedanken darüber zu machen, was mit uns los ist, warum wir nie zu befriedigenden Resultaten kommen.
Einiges sollte man schon jetzt festhalten:
1. Die meisten Genossen, die bei diesen Diskussionen dabei waren, kennen sich zwar meistens von früher, stehen aber schon seit einiger Zeit, wenn überhaupt, nur in kleinen Gruppen in einem Diskussionszusammenhang. Viele Genossen stehen in keiner kontinuierlichen Praxis, sondern wurschteln ziemlich isoliert und resigniert vor sich hin. Die

Funktion, die das INFO bei der Oberwindung dieser Situation haben kann, ist bisher zu wenig wahrgenommen worden. Fast alle Genossen lesen zwar das INFO, verhalten sich dazu aber im wesentlichen als passive Konsumenten.

2. Viele Genossen hatten Angst vor einer Kirchenbesetzung, obwohl aufgrund bestimmter Erfahrungen (Kirchenbesetzung in Berlin, Kirchenbesetzung des Randgruppenkollektivs vor einem Jahr in Hamburg. Vgl. dazu ID Nr. 11) durchaus nicht mit einem Bulleneinsatz zu rechnen war. Dies ist vermutlich einerseits darauf zurückzuführen, daß viele Genossen schon im Beruf stecken und entsprechend gesteigerte Existenzängste haben, ist andererseits aber auch Ergebnis vieler Kamikaze-Aktionen, die in der Vergangenheit durchgeführt wurden (Ekhofstraßentrauma), in denen die Ängste der Genossen,die Frage der Repression bewußt ausgeklammert wurden. Die Resultate waren entsprechend.

3. Einige Genossen weigern sich offenbar, aus ihren Fehlern und ihrer Isolation etwas zu lernen. Insbesondere einige Genossen des Folterkomitees nervten mit ihren inzwischen wohlbekannten Sprüchen. Sie wurden zwar von niemandem recht ernst genommen, hatten aber doch einen ziemlich hemmenden Einfluß aufs Ganze.

4. Es läuft nicht, wenn 40 - 50 Leute sich ein paarmal treffen mit dem guten Willen, etwas machen zu wollen und darüber beraten, was man denn wohl tun kann. Derartige Diskussionen müssen - zumindest nach dem ersten Treffen - von kleineren Gruppen vorbereitet werden, um konkrete Vorschläge auf dem Tisch zu haben, anhand derer man diskutieren kann.

5. Die Diskussion muß wesentlich disziplinierter verlaufen. Es geht z.B. nicht, daß immer wieder Dinge vorgebracht werden, die auf der Sitzung vorher schon längst geklärt worden sind. Wenn einige Genossen nicht von Anfang an dabei sein können, dann sollen sie sich wenigstens informieren, welche Diskussionen mit welchen Ergebnissen bereits gelaufen sind. Die Diskussionsinhalte müssen besser strukturiert werden. Es geht nicht an, daß jeder erzählt, was ihm gerade so einfällt; auf diese Weise wird kein einziges Thema ausdiskutiert und wertvolle Vorschläge gehen verloren, wenn man von einem Thema zum anderen springt.

Wie ging es weiter?

Am Montag fand die Beerdigung von Meins auf dem Friedhof Hamburg-Stellingen statt. Obwohl weder in Hamburg noch in anderen Städten aus zeitlichen Gründen dafür ausreichend mobilisiert werden konnte, fanden sich etwa 3000 Genossen ein, darunter auch etwa 700 Spontis, die allerdings meist aus Berlin oder Frankfurt angereist waren. Nachdem ein Pfarrer einige salbungsvolle, aber immerhin nicht-diffamatorische, Worte gesprochen hatte, legten einige MLer, die offenbar eigens zu diesem Zweck ihre Konfirmationsanzüge hervorgekramt hatten, mehrere KRÄNZE nieder und erklärten im Namen der Arbeiterklasse, daß diese alle von der Bourgeoisie Ermordeten rächen werde Rudi Dutschke rief: Der Kampf geht weiter!

Danach wurde demonstriert. Bei den Spontis, die nach einem kurzen Intermezzo mit den K-Gruppen die Spitze des Zuges bildeten, herrschte allgemein das Gefühl vor, daß es eigentlich nicht genüge, nur zu demonstrieren, daß man mehr machen müsse. Da die Hamburger Genossen derlei Oberlegungen inzwischen jedoch schon weitgehend entwöhnt zu sein scheinen, niemand etwas vorbereitet hatte und auch die Bullen sich nur vereinzelt blicken ließen, obwohl jeder wußte, daß in den Nebenstraßen 1500 von ihnen bereit standen (inklusive Antiterroreinheiten des BGS), verlief die Demo friedlich. Immerhin wurden einige Hauswände und Mauern mit Parolen verschönert.
Es wäre jedoch völlig falsch, den Erfolg einer Demonstration nur daran zu messen, ob sie militant gewesen ist. Die Demonstration war - das zeigten auch die ausführlichen Presseberichte am Tag danach - ein Schritt zur Schaffung von Gegenöffentlichkeit zum Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und zum Tode des Genossen Meins.

DAS ELEND DER HAMBURGER SPONTIS –

eine tragödie in meheren akten

Über drei Wochen sind jetzt schon verstrichen, seit der Genosse Holger Meins im Hungerstreik von der Justiz ermordet worden ist. Setze ich diese lange Zeit einmal ins Verhältnis zum Ausmaß der Solidaritätsaktionen, die hier in Hamburg durchgeführt wurden, so kann mir wirklich schon übel werden. Darüber hinaus bleibt nur die Möglichkeit, sich im Info auszukotzen. Ich hoffe, dies geschieht so, daß es einige Anstöße zum produktiven Verarbeiten gibt.
Allgemein gesagt: Die Hamburger Linke bewegte sich wieder einmal in eingefahrenen Bahnen. -
Die KPD schwang sich als erste zum "Führer der Arbeiterklasse auf, indem sie alle anderen Gruppen vor die Alternative zwang, entweder an der von ihr geplanten Demo zwei Tage nach dem Tod von Holger Meins teilzunehmen oder aber zu "spalten". Das Ergebnis: Eine typische Kommunistenprozession, wo der KB wieder einmal durch Abwesenheit glänzte (,sicherlich, weil die "wirklichen Interessen" der Arbeiterklasse mit solchen Terroristen wie der RAF nichts gemein haben). Der KBW wiederum entschied sich für einen Kompromiß, so daß er zwar zur selben Demo aufrief, sich aber in einem klar abgegrenzten Block von den sich in ihren Sprüchen radikaler gebärdenden MLern fernhielt (,was beispielsweise in der Rundfunkberichterstattung mit hämischer Genugtuung registriert wurde). Die GIM schließlich konnte sich nach ihrem Hinauswurf aus dem Aktionsbündnis doch noch einschleichen, ohne daß es zu Schlägereien mit "prinzipientreuen" Stalinisten (!) gekommen wäre. Dagegen konnte sich das Komitee gegen Folter als ernsthafter Bündnispartner eingliedern.
Nun, die sogenannten "Spontis" standen dem nicht nach und übten sich in alten Riten: Entweder sie gingen, von lauter "Kampf dem Abbau"-Geschrei schon völlig demoralisiert, gar nicht erst hin oder sie beeilten sich, irgendwo vereinzelt in den Reihen zu verschwinden.

Eine andere Initiative lief recht vielversprechend an! Ein diffuser Kreis von "undogmatischen Linken" hatte sich nach längerer Zeit mal wieder zusammengefunden. Daß hier aus dem ursprünglich geäußerten Vorschlag einer Kirchenbesetzung nichts wurde, lag kurz gesagt an der inhaltlichen und organisatorischen Strukturlosigkeit des ganzen Vereins.
Konkret: Die Aktion hatte ihr Vorbild, und zwar war sowas schon kurz vorher in Berlin gelaufen. Nur: Dort konnten die Genossen, da sie sich das Arbeiterviertel Kreuzberg ausgewählt hatten, auf der Grundlage langfristiger Stadtteilarbeit agieren. So war beispielsweise durch die hohe Kriminalitätsrate im Viertel eine Beziehung zu den konkreten Bedürfnissen eines Bevölkerungsteils, nämlich der ehemaligen Häftlinge und der Angehörigen von Knastinsassen, gegeben. Die Agitation für den Hungerstreik der politischen Gefangenen gegen die Isolationsfolter hatte ihren Berührungspunkt mit den Interessen einer "nicht politischen" Gruppe darin, "daß all das, was den politischen Gefangenen angetan wird, in der normalen Haftsituation schon angelegt ist, daß es sich um eine Skala der ungeheuerlichen Beschneidung von Lebensrechten handelt, deren Nullpunkt die Isolierzelle ist ..." (Gefangenenvertretung aus dem Tegeler Knast (Berlin) - zit. nach: Bericht über Isolationsfolter und Vernichtungshaft / OSI Berlin 1974)
Ausgehend vom relativ kümmerlichen Stadium hiesiger Stadtteilinitiativen schloß sich ein derart gezieltes Ansetzen bei unserer Aktion von vornherein aus. Dieser Mangel, nämlich die ausgeprägte praktische Beziehungslosigkeit gegenüber bestimmten Ba-

sisbereichen wurde allerdings von einem Großteil der Genossen nicht zuende gedacht, geschweige denn ausgesprochen (das gehört nicht hierher!). Das pauschale Argument, in einer kurzfristigen Aktion zum Tod des RAF-Mitglieds Meins könnten wir sowieso nicht das Proletariat für unsere Ziele gewinnen, ist zwar in dieser Allgemeinheit richtig, wirkt aber eher in seiner Funktion, zuerst einmal alle Verantwortung von sich abzuschieben - auf die "arbeiterfremde" Politik der RAF einerseits und die in diesem Punkt vorausgesetzte Borniertheit einer abstrakten Arbeiterklasse andererseits. Ein solches Verfahren blockte jede Möglchkeit ab, über dieses punktuelle Zusammentreffen hinaus darüber zu diskutieren, welche Bedingungen in welcher Weise - in einem durchaus absehbaren Zeitraum - in Ansätzen herzustellen sind, damit eben nicht nur die isolierte Linke mit den Isoliertesten ihrer Gruppen und Genossen Solidarität übt. Das Problem kann nicht einfach schematisch (wenn ihr wollt: undialektisch) in die zwei Gegensätze aufgelöst werden: Entweder das Proletariat wird grenzenlos glorifiziert (wie es die MLer tun; "die Arbeiterklasse als Rächer von Holger Meins") - oder wir fügen uns in das Schicksal des einsamen Radikalen.

Während des Treffens machte eine Anzahl von Genossen sogar Front gegen den Versuch, in die Agitation gegen Isolationsfolter den ganz speziellen brutalen Unterdrückungscharakter des Knasts überhaupt mit einzubringen. Es ginge schließlich nicht um die Gefangenen, die wären ja keiner Vernichtungshaft ausgesetzt. Wirklich, das Argument zieht nicht: Niemand will tödliche Unterschiede verwischen. Niemand versucht die Schweinereien, den die Justiz mit mörderischem Aufwand gegen die Genossen im Knast betreibt, herunterzuspielen zum dumpfen Gejammer über die "Misere im Strafvollzug". Was bleibt, ist z.B. die Erkenntnis des Tegeler Gefangenenrates (s.o.), die zweifelsohne zuallererst der unmittelbaren Knasterfahrung entspringt. Und noch mehr: wie kamen die über 80 Stuttgarter Häftlinge, die zur Unterstützung der isolierten RAF-Genossen ebenfalls in den Hungerstreik getreten sind, zu ihrem Schritt? In ihren Kampfforderungen (s.Informationsdienst Nr.58) verknüpft sich das Ziel "Abschaffung der Isolationsfolter" mit der Beseitigung alltäglicher Sauereien, die an ihnen allen verübt werden. Wollen wir sie denn beschimpfen, daß sie es gewagt haben, sich und ihre "Problemchen" mit der Qual politischer Gefangener zu vergleichen?

Zurück zur Aktionsplanung: Mangels einer konkreten Orientierung auf ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen verfiel man sehr schnell auf "Öffentlichkeit", und zwar die "liberale". Dies war denn auch der Augenblick, wo die ursprüngliche Idee einer eigenständigen Kirchenbesetzung endgültig zerbröckelte.

Zum Schluß konnte nicht mehr erklärt werden, warum wir uns gerade diesen Ort und diese Aktionsform aussuchen sollten: Ein Zentrum, wo verschiedene Aktivitäten zusammenlaufen, war praktisch überflüssig geworden, da letztere (die anderen Zielpunkte) völlig unbestimmt blieben - zugunsten der Hinwendung auf eine nicht eindeutig faßbare "liberale Öffentlichkeit".

Hier versuchten denn auch die Genossen vom "Komitee gegen Folter an politischen Gefangenen" die Aktion in eine ganz andere Richtung umzubiegen. Sie hielten es nur noch für entscheidend, daß die "progressiven" Popen in Hamburg durch einen gemeinsamen symbolischen Hungerstreik in der Kirche ihre Institution unter Druck setzen und die Kirchenleitung dazu "zwingen", gegen die Isolationsfolter Stellung zu beziehen. Auf diesen Vorschlag wurde berechtigterweise entgegnet, daß so etwas letztlich in der Entscheidung der Betreffenden liege, d.h. unsere Aktion wenig berühre. Es wurden aber einige Genossen beauftragt, sich mit den in Frage kommenden Pastoren in Verbindung zu setzen und mit ihnen zu diskutieren, inwieweit sie etwas zur Unterstützung des Hungerstreiks beitragen können. Das Ende vom Lied: Ein von den angesprochenen Popen gemeinsam geplanter Protestgottesdienst zum Tode von Holger Meins wurde prompt von höherer kirchlicher Stelle verboten, ohne daß irgendjemand von uns mehr als ein hilfloses Achselzucken darüber verloren hätte. Meiner Ansicht nach stand dabei auch weniger im Vordergrund, diese aktionsbereiten Popen als ernsthafte Diskussionspartner zu begreifen, denen auch an einer inhaltlichen Auseinandersetzung und Politisierung ihres eigenen Selbstverständnisses gelegen sein könnte (und womit sie auch schon begonnen haben), sondern das ganze zielte eher darauf ab, eine Gruppe im verdinglichten Sinne (mit Hebelwirkung) "einzusetzen". Doch dazu später.

Holger Meins bei seiner Festnahme am 1. Juni in Frankfurt

Kurzum: Die Besetzung war ein für allemal gestorben, d.h. drei ganze Abende hatten wir mit nutzlosen Worten vertan. Um die Initiative doch noch zu retten, konzentrierte man sich auf einen Vorschlag, der zuvor nur am Rande bzw. im Zusammenhang mit der Besetzung diskutiert worden war: Es entstand die Idee, ein Holger Meins - Tribunal mit "prominenten" Referenten vorzubereiten. Wie die Bezeichnung "Tribunal" schon andeutet, geschah dies unter recht optimistischen Vorzeichen (den Mördern von Holger Meins soll der Prozeß gemacht werden! - Nach der letzten Großrazzia und vor allem der darauf folgenden bedrückenden Passivität der Hamburger Linken klingt das doch ein bißchen überspannt, nicht wahr?)

Auffällig erschien mir im übrigen, mit welcher Verbissenheit einige Genossen mögliche Aktionen auf eine "gute Presse" ausrichteten (Spiegel, Stern, Süddeutsche Ztg., FR usw.). Hängt die Wirksamkeit unserer Praxis wirklich primär davon ab, inwieweit sie bei bürgerlichen Massenmedien Anklang findet? Ist es nicht vielmehr

so, daß im günstigsten Fall ein positiver journalistischer Reflex dabei herausspringt, wenn nämlich die Inhalte, um die es geht, von sehr vielen Menschen getragen werden. Ein äußerst krasses Beispiel: Als während des Frankfurter Häuserkampfs Teile der Bevölkerung sich gegen den Bullenterror wandten und schließlich sogar noch ein Reporter blutig geschlagen wurde, da konnte die FR nicht mehr über die Wirklichkeit hinweglügen und das Ganze als Staatsaktion gegen linksradikale Terroristen verkaufen. - So unmittelbar geht das bei der RAF-Solidarität natürlich nicht. Aber grundsätzlich gilt: Ideologie, Lüge, Verdrehung verlieren ihre Funktion, sobald sich wirkliche Erfahrung durchsetzt. Auch wenn sie im Kampf gegen Isolationsfolter für die draußen nicht direkt, sinnlich herbeizuführen ist, müssen wir zumindest versuchen, sie in vermittelter Form durch das Aufzeigen konkreter Herrschaftszusammenhänge weiterzugeben: erklären, daß auch die anderen (,die man anspricht,) bedroht und verantwortlich sind - und eben nicht im Abbau demokratischer Rechte in einem ansonsten demokratischen Staat, daß die gefangenen Genossen prinzipiell das Recht haben und hatten gegen einen solchen Staat zu kämpfen (ohne an diesem Punkt eine dezidierte RAF-Kritik leisten zu müssen oder die revolutionäre Guerilla zu propagieren).

Statt dessen war viel die Rede von "Liberalen", die in ihrer "moralischen Entrüstung" dem Verfall des Rechtsstaats entgegentreten. An anderer Stelle finde ich die gleiche Konzeption wieder (WWA Nr.): Es gelte, eine breite "demokratische Öffentlichkeit" zu aktivieren in ihrem rein "humanitären" Mitgefühl für die gefolterten Genossen.

Dies habe ich als entscheidende Tendenz in der Diskussion begriffen.

Entsprechend waren auch die anfänglichen Vorschläge, wer denn als Prominenter sprechen könnte: Neben Peter Brückner und Jean Paul Sartre unter anderen - Heinrich Böll! Nehmen wir letzteren unter die Lupe, findet sich schnell, wie es um das humanitäre bürgerlich-demokratische Mitgefühl steht. Bei ihm (Böll) hört die Solidarität auf, wo sich die Forderung ergibt, Stellung zu beziehen. D. h., sich mit dem, was geschieht, vorbehaltlos auseinanderzusetzen und nicht opportunistisch auszublenden, sobald der Hofnarr Böll (Kritik muß sein - aber doch bitte nicht grundsätzlich) seine Position in der bundesdeutschen Wirklichkeit bedroht sieht. (Um nicht mißverstanden zu werden, es geht um seine Rolle als Clown im großen kapitalistischen Zirkus, die er noch nie abgestreift hat, - nicht um seine Existenz!) Jemand , der sich bis zum letzten eingerichtet hat in dieser Welt, der Zweifel nur noch in seiner Berufung als literarisches Feigenblatt ausspricht, der hilft uns keinen Schritt weiter - schon gar nicht, wenn die Solidarität den gefangenen RAF-Genossen gilt.

Den entwickelten Gegensatz zu Böll verkörpert Sartre: "Was... in unserer Gesellschaft einen Intellektuellen ausmacht, ist der tiefe Widerspruch zwischen der Allgemeingültigkeit, die die bürgerliche Gesellschaft seinem Wissen zugestehen muß, und dem besonderen ideologischen und politischen Rahmen, in dem er dieses Wissen anzuwenden verdammt ist." (J.P.Sartre: Der Intellektuelle und die Revolution, S.12) Aber: er (Sartre) versucht diesen Widerspruch in einem bestimmten Sinne auszutragen: Ein "Kriterium des Intellektuellen muß die Radikalität sein. D.h. im Kampf zwischen dem besonderen Irrationalen und dem Allgemeinen darf es keinen Kompromiß geben: Es geht um die radikale Zerstörung des Besonderen." (S.14) Da haben wir's! Keine Rede davon, (aus taktischen Gründen) gleichfalls mystifizieren, im Tarnkostüm auftreten ("in Wirklichkeit sind wir ja gar nicht so!") und die Intellektuellen (die Liberalen?) per gesellschaftlicher Autorität, durch den "bedeutenden Philosophen des 20.Jahrhunderts", in der gerechtigkeitsgläubigen Ideologie vom Rechtsstaat bestärken zu müssen. Vielmehr hätte ein "Prominenter" wie Sartre, wäre er gekommen, seinen über Jahre eigener Radikalisierung und Bewußtwerdung entstandenen Anspruch vorgelebt: "Der Intellektuelle muß und will durch Wahrheit zur Praxis gelangen." (S.15)

Wenn unsere einzige Möglichkeit, kurzfristig Solidarität zu entfachen, darin besteht, die Intellektuellen anzusprechen, dann aber nicht auf der schiefen Ebene "demokratischer Öffentlichkeit", sondern in einer Auseinandersetzung um die politische Bedeutung von Isolationsfolter und Vernichtungshaft an den Gefangenen der RAF. Das bedeutet gerade nicht, sich in den sektiererischen Klüngel zurückzuziehen und die Zweifelnden, Schwankenden, Unsicheren beiseitezuschieben. Innerhalb dieser gesellschaftlichen Gruppe können sich Einzelne, Teile - weil sie sich ja in dem von Sartre bezeichneten Widerspruch bewegen - einem Erkenntnisprozeß aussetzen, der ihnen allerdings früher oder später die Entscheidung darüber abringt, auf welcher Seite sie stehen: auf der Seite des Genossen Holger Meins oder auf jener des hiesigen Rechtsstaats, d.h. letztendlich auch wieder der Folterer.

Also, die Alternative kann nicht sein: Entweder wir spannen Leute vor unseren Karren (seicht-moralische Empörung) im Interesse einer kurzfristigen politischen Zielsetzung oder wir fahren denselben Leuten übers Maul,(liberale Scheißer) weil sie noch nicht die korrekte politische Linie drauf haben. Denn das eine geht einfach nicht (der Karren bleibt stecken und die Leute fallen in den Dreck) und das andere treibt uns in die hoffnungslose Isolation. Vor allem

aber : Beide Methoden zeugen von Verachtung, von einem streng funktionalisierten Verhältnis gegenüber Menschen. (Und noch eins: jene artspezifisch Festgelegten, die "Liberalen", werden sie nicht leicht zu einer Konstruktion, um die eigenen "liberalen" Schwächen und Widersprüche in einer "Zielgruppe" greifbar zu machen und sich nicht länger damit an sich selbst beschäftigen zu müssen?) Beide äußerten sich auch mehr oder weniger ausgeprägt in der ganzen Aktionsplanung: Der Böll war zwar schließlich vom Tisch, doch welche Erwartungen an die einzelnen Referenten (thematisch waren ihre Beiträge nur sehr grob umrissen) und vor allen Dingen an diejenigen, die unserem Aufruf folgen würden, schien mir bis zum Schluß in der Gruppe nicht endgültig ausgemacht.

Derartige Unsicherheiten traten jedoch total in den Hintergrund, als das Folterkomitee nach anderthalb Wochen währender Vorbereitungsdiskussion sich anschickte, unsere Initiative zu torpedieren. Jegliches Zwischenergebnis, das in unserem losen Haufen von Undogmatischen (ohne Widerspruch der Komitee-Vertreter) erzielt werden konnte, sank plötzlich in Schutt und Asche. (Z.B. standen die Referenten, um die man sich kümmern wollte, schon fest: Sartre, Brückner, Zwerenz, Amery - und man hatte auch schon Verbindungen geknüpft. Nun, angesichts dieser halbfertigen Aktion fiel dem Komitee auf einmal ein, daß es diese Konzeption nicht unterstützen könne und uns vielmehr den Vorschlag für eine andere Veranstaltung (!) unterbreiten wolle. Ihr Einfall: Die Referate bestreiten altgediente Komitee-Redner wie Sigrist und Seckendorff. Und ihre angebliche Legitimation: Es könne nicht geduldet werden, daß in der gegenwärtigen Situation sich irgendwer von der Drenkmann-Aktion distanziere oder auch nur eine kritische Position gegenüber der RAF äußere, weil damit unsere Kampagne ihr eigentliches Ziel verfehle, in konterrevolutionäre Bahnen treibe - und sowas sei bei unserer Konzeption konkret zu befürchten. Hier tauchte es wieder auf, das oben beschriebene verdinglichte Politikverständnis. Erklärtes Ziel war die Benutzung des programmierten Publikums: Die politische Stoßrichtung blieb der sicheren Führung des Komitees und seiner Referenten vorbehalten. Inhaltlich hieß das: Ein totales Akzept der RAF-Praxis als dem antiimperialistischen Kampf. "Die revolutionäre Guerilla lebt, hier wie in der ganzen imperialistischen Welt." Eine solche Aussage duldet nach Maßgabe des Komitees eben keinen Widerspruch. Sie kann auch keine Solidarität erwecken in dem Sinne, daß ich mich selbst (meine politische Anschauung, meine Kritik, meine Möglichkeiten usw.) in Beziehung sehe zu den gefangenen Genossen. Was sie sich einhandelt, ist in Wahrheit entäußerte Unterstützung auf dem Nährboden eines rigiden moralischen Drucks. Immerhin sah sich hier die überwiegende Mehrheit unserer Gruppe einer Forderung ausgesetzt, die sie trotz aller Differenzen untereinander ablehnen mußte.

Das Ergebnis: Die Komitee-Leute bestanden darau, ihre Veranstaltung zu machen, verbunden mit der Ermunterung an uns, sich doch ruhig anzuschließen (!). Im Eingeständnis unserer eigenen Schwäche, gegenüber dem Komitee das alternative Konzept durchzusetzen, entschieden wir, unser Vorhaben aufzugeben, um nicht den Krampf einer Konkurrenzveranstaltung heraufzubeschwören; das Anerbieten des Komitees lehnten wir jedoch dankend ab.

Ich bin überhaupt nicht mehr sicher, ob es richtig war, einfach klein beizugeben. Denn das inzwischen gelaufene Teach-in markierte wirklich den vorläufig letzten Tiefpunkt konkreter Solidarität. Entsprechend seiner ureigenen Konzeption dort angetreten, beschwor das Komitee hauptsächlich nichts anderes hervor, als das seit langem wüsteste Parteiengerangel der K-Gruppen untereinander bzw. mit dem Veranstalter - und umgekehrt. Da half auch das Herzeigen der breiten Mobilisierung in Berlin nichts mehr, wie es verzweifelt von einem Komitee-Genossen versucht wurde.

Ich gebe zu bedenken: In Berlin gibt es unter anderem kein Folterkomitee.

★ ★ ★ ★ ★

RECHTSANWALT REINHARD VERHAFTET

(Presseerklärung des Anwaltskollektivs)

Rechtsanwalt Wolf Dieter Reinhard aus dem Anwaltskollektiv Günnemann, Jacobi, Reinhard ist am 26. November 1974 morgens um sechs Uhr in seiner Wohnung verhaftet worden.

Seine Wohnung wurde durchsucht. Gleichzeitig brach die Bundesanwaltschaft, unterstützt durch Bundeskriminalamt und Hamburger Polizei, die Büroräume des Anwaltskollektivs auf und begann mit der Durchsuchung sämtlicher Räume, die bis in die frühen Abendstunden andauerte. Dabei wurden unter anderem sämtliche Akten durchstöbert. Keine Akte, die nicht unberührt blieb - nicht einmal die Verteidigerpost.

Alle Hinweise auf anwaltliche Schweigepflicht und Anwaltsgeheimnis sowie den Geheimnisschutz für Verteidigerpost kümmerte die Beamten nicht. Auf Weisung der Bundesanwaltschaft nahmen sie fast vollständig die Verteidigerpost der von uns vertretenen politischen Gefangenen mit: Das ist die neue Art der Bundesanwaltschaft, in politischen Strafsachen zu ermitteln. Man wartet, bis man annehmen kann, daß sich genügend Verteidigerpost angesammelt hat, aus der man sich Hinweise auf die vorgeworfenen Straftaten erhofft. Dann werden fadenscheinige, haltlose Verdächtigungen konstruiert, eine Bürodurchsuchung durchgeführt und die Post mitgenommen. Gleichzeitig wird die Post bei den Gefangenen in den Zellen beschlagnahmt.

Die politischen Gefangenen versucht man ihres Verteidigers zu berauben, indem man ihn verhaftet.

Die Bundesanwaltschaft behauptet, Reinhard soll die Gruppe, der die Erschießung Schmückers vorgeworfen wird, unterstützt, die Tötung nachträglich gutgeheißen haben, und daß er sich an der Beute bereichern wollte.

Gegen diese perfiden Verdächtigungen können und wollen wir uns nicht wehren:

Wir werden im Gegensatz zur Bundesanwaltschaft unsere anwaltliche Schweigepflicht beachten.

Hamburg, den 27. Nov. 1974

ZUR SITUATION IM KNAST

Wenn hier von schon interpretierten und grob verallgemeinernden - Erfahrungen im Hamburger Untersuchungsgefängnis die Rede sein wird, so im Hinblick auf folgende Oberlegungen:

unter welchen Bedingungen leben sogenannte Normalgefangene im Knast?
Welche Gemeinsamkeiten in den unmittelbaren Interessen und welche Erfahrungen der staatlichen Repression gibt es für politische und "normale" Gefangene?
Können wir, von solchen Gemeinsamkeiten ausgehend, einen langfristigen Beitrag von außen zum Kampf der politischen Gefangenen gegen ihre Haftbedingungen leisten?
Was können wir dazu tun, die Spaltung zwischen den politischen und den anderen Gefangenen zu überwinden, wie können wir den Kampf aller Gefangenen um die Erhaltung und Erfahrung ihrer "Persönlichkeit", ihrer politischen Identität von außen unterstützen?

1

Wohlgemerkt: es geht hier weniger um die Diskussion dieser und ähnlicher Fragen selbst, sondern erstmal lediglich um einen Anstoß zu einer solchen Diskussion von Leuten, die meinen, wichtiger, als sich von einer zur nächsten ad-hoc-Aktion zu hangeln, sei es, ein kontinuierliches und durchaus langfristiges Vorgehen in Angriff zu nehmen und die Frage nach dem Adressaten seines Vorgehens von einer anderen Seite her zu stellen. Das folgende soll lediglich Material für eine konkretere Diskussionsbasis liefern, um endlich mal von der Ebene der freischwebenden "politischen " Auseinandersetzungen wegzukommen.

2

Im Knast herrscht, von wichtigen Ausnahmen abgesehen, ein Kampf aller gegen alle; das nicht als Grundbedingung zu sehen, hieße, von Illusionen auszugehen. Die Gefangenen sind untereinander zersplittert; kurzfristige Bündnisse werden geschlossen und im nächsten Augenblick wieder aufgegeben, wenn sich anderswo Vielversprechenderes anzubieten scheint Der eigene Vorteil wird im allgemeinen rücksichtslos ausgenutzt; kurzfristige Kumpanei ersetzt Freundschaft. Für diese Zersplitterung gibt es mehrere Ursachen.

Als sehr effektives Spaltungselement wird ein ausgeklügeltes System von Strafe und Belohnung eingesetzt. Besonders fein abgestuft werden dabei die Bestrafungen: den Aufbegehrenden, den Unruhestiftern, den Unangepaßten droht die Todesstrafe (Totgeschlagene in Hamburg, Köln, Mannheim, ihr wißt), die Folter in "Beruhigungszellen" (wie die Hamburger Glocke), Arrest in einem finsteren Dreckloch, der Arrestzelle (einziger Lesestoff: die Bibel). Bis hin zum Streichen von Gemeinschaftsveranstaltungen, Einkauf usw. gibt es

3

eine Menge Strafzwischenstufen. Ihr gemeinsamer Nenner ist aber auch hier: Isolation und Isolationsdrohung in abgestufter Intensität und Dauer. So abgestuft eingesetzt, ist die Repression daher keine Basis für gemeinsamen Widerstand, sondern ein Spaltungsinstrument. Dagegengesetzt dann der

4

Lohn für Wohlverhalten und Anpassung: Knasturlaub, Straferlaß, Verlegung in eine "sozialtherapeutische" Anstalt (hier in Bergedorf), eine Vielzahl kleiner Vergünstigungen, ein Kalfaktoren-Job (Kalfaktoren-Hausarbeiter- spielen eine zwielichtige Rolle in ihrem privilegierten Raum zwischen Wärtern und Gefangenen und pflegen ihre Stellung skrupellos auszunutzen).

Die verschiedenartige Unterbringung der Gefangenen vertieft weiterhin die Unterschiede zwischen ihnen. Im UG liegen meist die Ausländer unter sich einpferchtzu 3 Mann in winzige Zellen, in denen im Sommer oft unerträgliche Hitze herrscht (meist Abschiebehäftlinge). Es gibt auch einzeln untergebrachte Ausländer: ohne Sprachkenntnisse, ohne Lektüre, sozialen Kontakt - wie in dem Eppendorfer Labor zur Erforschung der sensorischen Deprivation. Es wurde berichtet, wie ein so gequälter Gefangener tage- und wochenlang fast ununterbrochen heulte und schrie bis es selbst die Wärter nervte und sie ihn nach Ochsenzoll brachten. Es gibt auch düstere, unglaublich triste Säle mit 10 - 20 Gefangenen, in denen oft eine ausgeprägte Hierarchie herrscht, in denen niemand dem andern entgehen kann; blutige Schlägereien sind nicht selten.- Dagegen werden die meisten Untersuchungsgefangenen in Einzelzellen gehalten. In Ungewißheit über die Dauer der U-Gefangenschaft, herausgerissen aus ihren sozialen Bindungen, müssen sie hilflos zusehen, wie diese Bindungen, ihre Existenzgrundlage, zerbröckeln - was dann in der perversen Logik der Staatsanwaltschaft zur Begründung genommen wird, die U-Haft weiter aufrecht zu erhalten: Da der U-Gefangene,inzwischen geschieden, aus Stellung und Wohnung hinausgeworfen, keine Wohnung und keine Stellung mehr nachweisen kann...

Entsprechend ist das Elend: erwachsene Männer betteln um Beruhigungsmittel, zittern, können nicht mehr schlafen, klammern sich förmlich an die Wärter, um überhaupt mal wen zu haben, mit dem sie ein paar Worte wechseln können.-- Lediglich im Knastkrankenhaus (ZKH), das dem UG angeschlossen ist, findet man alle Arten von Gefangenen, wie im Querschnitt zusammengepackt: Ausländer, Strafgefangene, U-Häftlinge, Lebenslängliche, Verkehrssünder, Jugendliche usw. Bei dieser Inhomogenität erweist sich die gemeinsame Klammer der Gefangenschaft auch aus diesem Grund oft als zu schwach, um Solidarität hervorzurufen, ein Problem, das auch für Gefängnisse wie z.B. in Fuhlsbüttel bestehen dürfte.-- Weiter:"Ein Großteil der Gefangenen kommt aus den untersten sozialen Schichten: der Vorgang, sie in den Knast zu werfen, ist nur die letzte Stufe ihres sozialen Ausschlusses; 90 % der Gefangenen sind hauptsächlich ungelernte Arbeiter; die Perspektivlosigkeit, die die Herrschenden ihrer gesamten Klasse aufzuzwingen versuchen, haben sie zu ihrer eigenen, "persönlichen" gemacht, indem sie ihre Rat- und Aussichtslosigkeit in sogenanntem kriminellem Verhalten sich ausdrücken lassen. Während sie glauben, selbst zu handeln, hat der Staat schon für sie gehandelt, indem er sie aktiv ausschloß. Mit ihrem kriminellem Verhalten wehren sie sich gegen ihre Lage noch bewußtlos und indem sie letztlich die Normen akzeptieren, die sie verletzen, ringen sie zugleich um ihre Wiedereingliederung auf komfortablerer Stufe. Dies von ihnen unbegriffene, widersprüchliche Verhalten gesellschaftlicher Verneinung und gleichzeitiger Bejahung führt zur Entwurzelung und Selbstentfremdung, die sich im Knast als Konkurrenzverhalten und gegenseitige Verachtung beobachten läßt."

Noch kurz was zur Klassenmedizin, die ihre besonderen Unterdrückungsfunktionen wahrzuneh-

Reihe ROMANE REPORTAGEN
Autobiographien
Trikont
8 Munchen 80
Josephsburgstr. 16

men hat. Sie hat Büttelfunktion für den Strafvollzug. Das heißt konkret:
Die Grundeinstellung den Kranken gegenüber ist Mißtrauen. Diagnostik wird vor allem als Beweismittel dafür betrieben, daß die Kranken nichts als Simulanten und Querulanten seien. Der Knastarzt sanktioniert, sofern er nicht selbst welche begeht, die Verbrechen des Vollzugs: So besichtigt er täglich die in Arrest- und "Beruhigungszellen" Geworfenen und bestätigt die Unbedenklichkeit dieser Maßnahmen; auf diese Weise brachten Gefangene schon bis zu 7 Tagen an Händen und Füssen gefesselt, auf dem Rücken liegend, in der Beruhigungszelle zu - wie viele Opfer schon in der Hamburger "Glocke" zu Tode beruhigt wurden, dürfte noch erinnerlich sein.-
Gefangene, die Fremdkörper aus Protest oder Selbstaggression verschlucken, werden in besonders abstoßende Einzelzellen gesperrt und müssen sich 2 Wochen lang hauptsächlich von Sauerkraut ernähren: angeblich, damit der Fremdkörper auf natürlichen Wege abgehe. Tatsächlich aber als Abschreckungsmaßnahme: Medizin als Strafe. Und: Medizin als Unterdrückung von Widerstand: mit Hilfe von verschwenderisch verteilten Beruhigungsmedikamenten fesselt sie die Gefangenen lautlos, schließt sie in ein inneres, sozusagen ihr eigenes Gefängnis im Gefängnis. - Knastarzt und Hungerstreik: Kommentar überflüssig.

Bei all diesen bewußt nüchternen Beurteilungen der Zersplitterung unter den Gefangenen und der Perfektion ihrer Unterdrückung ist aber umso ausdrücklicher zu betonen, daß gleichzeitig der Widerstand der Betroffenen allgegenwärtig ist und auf der Lauer liegt. Widerstand, der sich bereits äußert in jenem verzweifelten, den Haß auf die Verhältnisse bewußtlos gegen sich selbst wendenden Schlucken von Gegenständen wie Messer, Rasierklingen usw.. Es gibt Schlucker, die das dutzendmal taten, es gab einen, der sich, frisch operiert, die Operationswunden mit den Händen wieder aufriß. Ein anderer Gefangener versuchte, sich anzuzünden, seinen Kopf an der Wand zu zerschlagen - die er später mit aufrührerischen Parolen bemalte.-
Die Übergänge zu individuellem, nach außen, gegen die Wärter die "Anstaltsordnung" gerichtetem Widerstand sind fließend; auch hier ist oft noch die unmittelbare Verzweiflung Auslöser. Gezielte, gemeinsame Aktionen, wie ausgedehnte Schiebereien mit Tabak, Schnaps, Pornos sind eine weitere Stufe, die sich an unmittelbaren, für den Einzelnen aus eigenen Kräften nicht erreichbaren Bedürfnissen orientiert (diese unmittelbaren, natürlich auf viele weitere Bereiche gerichteten Bedürfnisse sind es, die die Gefangenen interessieren und mobilisieren - nicht aber allgemeine politische Parolen). und um im Bild dieser Widerstandspyramide zu bleiben: ihr erinnert euch vielleicht an die organisierten Aufstände in Fuhlsbüttel (Linke waren bezeichnenderweise daran überhaupt nicht beteiligt): 1972 hatten Häftlinge das Gefängnisdach besetzt und, mit Decken und Nahrung von ihren Mitgefangenen tatkräftig unterstützt, Forderungen an die Gefängnisleitung durchgesetzt. Daß dann diese Bewegung entschärft wurde, indem man sie institutionalisierte (die Hauptakteure des Aufstandes saßen am Ende in einem aus Beamten und Gefangenen bestehenden Gremium und kungelten Erleichterungen aus; zahlreiche Forderungen wurden erfüllt) ändert nichts an ihrer Bedeutung.
Das Widerstandspotential im Knast geringzuschätzen oder den Bezug darauf, mit welcher Begründung auch immer, zu vertagen, heißt: die eigene Borniertheit zur politischen Theorie zu erheben. Wenn heute im UG 100 "Normalgefangene" zusammen mit den 10 "aus der RAF" im Hungerstreik wären (sicher, sicher, z.Z. ist das hoffnungslos unrealistisch und hypothetisch - und zwar von 2 Seiten her!), dann wären all unsere Apelle (an wen und mit welchen Methoden auch immer) überflüssig: Dann würde nämlich die Knastverwaltung in kürzester Zeit mit lautem Krach zusammenbrechen.
Also: Propagierung von Forderungen für <u>alle</u> Gefangenen; Orientierung dieser Forderungen an ganz konkreten Bedürfnissen; sich politisieren heißt für die Gefangenen: kämpfen lernen in kleinsten, für sich allein genommen unpolitischen Schritten; erst so werden sie lernen, was Solidarität heißt. Wir können diese Schritte von außen durch Veröffentlichungen und materielle Hilfe aller Art wirksam unterstützen.
Was lief in Mannheim ab: Ein Gefangener wurde umgebracht - es hagelte Anzeigen durch andere Gefangene, die auch vom Gefangenenrat draußen aufgenommen und verbreitet wurden. Wer sagt, die Randgruppentheorie sei überholt, soll sich an die Fuhlsbüttler Aufstände erinnern und jedenfalls vorsichtig mit solchen allgemeinen Aussagen werden; der soll sich auch überlegen, ob sich die Bedingungen für Knastarbeit von draußen nicht dadurch gründlich verändert haben, daß drinnen jetzt die politischen Gefangenen sitzen.

Zur Frage der gemeinsamen Interessen aller Gefangenen jeztzt zum Abschluß das Zitat der 15 Forderungen Ulrike Meinhofs aus ihrem "Provisorischen Kampfprogramm um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter". Die Diskussion darüber, inwieweit sie die besagten Interessen aller Gefangenen ausdrücken, sollt ihr selbst führen. Sie wird voraussichtlich auch im nächsten INFO aufgenommen. Hier also die 15 Forderungen:

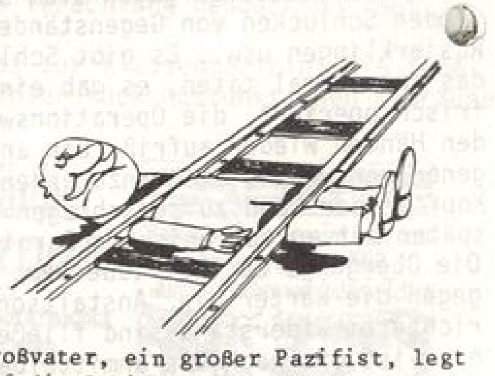
1. freie Selbstorganisation der Gefangenen.
2. Tarifgerechte Bezahlung, Anspruch auf Ausbildung und Arbeit.
3. Rente und Krankenversicherung
4. Ärztliche Versorgung durch nicht-beamtete Ärzte in Krankenhäusern draußen. Freie Arztwahl.
5. Selbstverwaltung durch Wählbarkeit in alle Funktionen.
6. Unbeschränkte Besuchsfreiheit - ohne Bewachung; außerhalb der Arbeitszeit. Möglichkeit zu sexuellen Kontakten.
7. Versammlungsfreiheit ohne Bewachung
8. Abschaffung des Behandlungsvollzugs, jeder Sonderbehandlung, der Isolation.
9. Abschaffung des Jugendstrafvollzugs.
10. Gemischte Anstalten.
11. Abschaffung der Hausstrafen.
12. Abschaffung der Briefzensur.
13. Abschaffung der Vollzugsmedizin.
14. Abschaffung der Bewährungsauflagen.
15. Freie politische Information aus allen in- und ausländischen Medien und Publikationen, die auch außerhalb der Knäste zugänglich sind.

Ein Genosse, der den Knast aus eigener Erfahrung kennt.

EINIGES ZUR KLUG-AKTION

Die Genossen der RAF/AO sagen:"Unsere politisch-militärische Aktion vom heutigen Tage ist sichtbarer Beginn unserer Kampfansage. Ist unser Beitrag zum politischen Kampf, wie er heute in fast allen gesellschaftlichen Bereichen gegen die Unterdrückungs- und Entrechtungs- und Ausbeutungsordnung des BRD-Imperialismus geführt wird."
Wir meinen allerdings, daß die militanten Auseinandersetzungen mit dem BRD-Imperialismus ganz anders aussehen und anders geführt werden müssen als z.B. die Klug-Aktion. Wenn man eure Erklärung liest, stellt sich die Frage, was die seitenlange moralisierende Aufzählung der Übel des Imperialismus mit der Bombe zu tun hat. Die Bombe war also eine Kampfansage. Was kann sich durch sie verändern?
Wenn ihr den Kapitalismus als so perfekt und fastunzerschlagbar darstellt, wenn ihr den auch in Deutschland anwachsenden Widerstand total verkennt, dann zeigt ihr, daß ihr kein Verhältnis zur realen Klassenbewegung habt. Ihr sagt, daß man "als bewußter Oppositioneller ... aus der Phase des bloßen Debattierens, der Streiks (!) heraustreten muß um selbst zu handeln." Die einzigen Beispiele der Militanz, die ihr bringt, sind die der RAF, des SPK und des 2. Juni. Ihr erkennt nicht die anderen Formen der Militanz an,wie sie bei den Auguststreiks (Ford, Hella-Lippstadt) aufgetreten sind und wie sie in den täglichen individuellen Widerstandaktionen der arbeitenden Bevölkerung gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, Ausbeutung und Unterdrückung schon angelegt sind. (Krankfeiern, Schwarzfahren, Einkauf im Supermarkt zum Nulltarif usw.)
Wenn auch die militantesten Aktionen in den Streiks von ausländischen Arbeitern getragen wurden und die deutschen Kollegen noch vielfach auf die Spaltungsmanöver der Kapitalisten hereingefallen sind, so zeigten sich doch Ansätze, dies zu überwinden. Standen bei Ford die Ausländer relativ allein da, so taten sich die deutschen Kollegen bei Pierburg/ Neuss mit ihren ausländischen Kolleginnen zusammen, um gemeinsam gegen die Leichtlohngruppen und die besondere Unterdrückung der ausländischen Frauen zu kämpfen. Hierbei bewiesen sie, daß sie für ihre Interessen auch gegen die Gewerkschaft zu kämpfen bereit sind, die wieder einmal die Funktion hatte, von den eigentlichen Kampfzielen abzulenken, abzuwiegeln.

WAS ICH VOM PAZIFISMUS HALTE



Mein Großvater, ein großer Pazifist, legt sich auf die Schienen...

Wenn ihr also, Genossen von der RAF/AO, diese Formen der Auseinandersetzung für minderwertig haltet, wenn ihr versucht, aus der "bloßen Phase der Streiks" herauszukommen, dann isoliert ihr euch und es wird euch nichts anderes

2

Mein Patenonkel, der Missionar, war selbstverständlich ein Anhänger der Gewaltlosigkeit...

übrig bleiben, als die Tradition der RAF fortzusetzen. Wie habt ihr eigentlich die Niederlagen dieser Gruppe aufgearbeitet? Was für Konsequenzen habt ihr daraus gezogen?

Wir meinen, daß die RAF gerade daran gescheitert ist, daß ihre Aktivitäten in keiner Verbindung zu den Massenkämpfen hier in Westdeutschland standen. Zwar bedeuteten die Aktionen in Frankfurt und Heidelberg eine reale Unterstützung der Völker in der Dritt
reale Unterstützung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt, wurden aber hier nur von einigen wenigen Linken verstanden. Insofern waren die Aktionen Ausdruck eines relativ abstrakten Anti-Imperialismus und führten zu einer immer stärkeren Isolierung der Gruppe. Damit gewannen auch jene Handlungen, die das reine Überleben der Organisationen absichern sollten, die Oberhand; angefangen bei der Baader-Befreiung, über Banküberfälle zur Finanzierung der Gruppe bis hin zur Schmücker-Exekution und der Klug-Aktion.

Hier gibt es überhaupt keine Beziehung zu den sich langsam und zögernd in der BRD entwickelnden Klassenkämpfen mehr. Jede Gruppe mit einer derartigen Konzeption muß sich zwangsläufig immer stärker isolieren und wird schließlich von den Bullen zerschlagen werden.
Wir sehen allerdings auch die Notwendigkeit der Militanz und die Fehler jener Gruppen, die sich mit demokratischem Gekämpfe und Parteiaufbau beschäftigen und die Frage der bewaffneten Auseinandersetzung auf den Tag X verschieben. Die Bedeutung der RAF liegt unserer Meinung nach gerade darin, daß sie diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt hat. So können wir auch nicht wie die Berliner Zeitung "Der Lange Marsch" über die Aktionen des "Grünen Juni" jammern und darin die Taktik der "verbrannten Erde" des US-Imperialismus wiederfinden. (Langer Marsch, Nr.12, s.7; vergl. zu den Aktionen des Grünen Junis auch die INFOs Nr.2 und 3).

Aber wir meinen, daß die militanten Aktionen in Verbindung mit den Klassenkämpfen hier in Westdeutschland stehen müssen, um nicht nur von wenigen verstanden zu werden, sondern sich auch ausweiten zu können.

Wir halten deswegen das Beispiel der Roten Brigaden in Italien für wichtig, deren Aktionen im engen Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiter standen.
So entführten sie z.B. einen allgemein verhassten Fiat-Bonzen, hielten ihn tagelang fest und ketteten ihn schließlich ans Fabriktor, wo er eine halbe Stunde warten mußte, bis er schließlich vom Werkschutz befreit wurde. Hat es hier jemals vergleichbare Aktionen oder auch nur den Versuch gegeben.
Wennauch bei uns die Massenkämpfe weniger weit sind als in Italien, so sollte man doch untersuchen, wie hier die militanten Aktionen mit ihnen verbunden werden können.

3

Also, was mich betrifft..!

Was nun die Klug-Aktion betrifft, so schließen wir uns den Genossen der Roten Brigaden an, die Explosivbomben generell für abenteuerlich halten.(Vergl. Wir Wollen Alles, Nr.19, S.10). Daß es selbst in einer Straße, in der Leute wie Klug wohnen, spielende Kinder gibt, die sich für tickende Pappkartons interessieren, haben sich die Genossen der RAF/AO anscheinend nicht überlegt.

Einige Genossen aus verschiedenen Bereichen

LEUTE, PASST AUF EUER GELD AUF!

- Aufhebung der Mietpreisbindung zum 31.12.74 -

Habt ihr schon einmal daran gedacht, daß ihr den Vermietern zuviel Geld in den Rachen werft? Wenn ihr Mieter von Altbauwohnungen bis zu 5 Zimmern einschließlich Küche seid oder solche kennt, dann könnt ihr noch schnell vor Weihnachten eine Chance wahrnehmen, ganz legal zu Geld zu kommen.
Für eure Wohnungen gilt nämlich bis zum 31.12.74 die Mietpreisbindung, d.h., ihr müßt nur eine gesetzlich festgesetzte Höchstmiete zahlen. Diese Obergrenze bezieht sich auf die Grundmiete, die ihr errechnen könnt, wenn ihr von eurer monatlichen Mietzahlung die Umlagen, Zuschläge und Betriebskosten wie z.B. Wassergeld, Müllabfuhr, Untermietzuschlag, Heizungskosten u.ä. abzieht. Die Grundmiete darf folgende Grenzen nicht überschreiten: (Seltene Ausnahmen s."Mietrecht für Mieter" S.19/20)

RICHTMIETSÄTZE FÜR ALTBAUWOHNUNGEN BIS ZU 5 RÄUMEN (KÜCHEN MITGEZÄHLT) IN DM PRO QM.

bezugsfertig	Ausstattung der Wohnungen bis zum 31.12.1965					
	mit Sammelheizung		ohne Sammelheizung			
	mit Bad	ohne Bad	mit Bad	ohne Bad		
				WC in Wohnung	WC im Haus	WC außer Haus
bis 1918	3,04	2,48	2,48	2,32	1,92	1,44
von 1919 - 20.6.1948	3,19	2,64	2,64	2,40	2,00	1,60

auf diese Tabellenmiete konnte der Vermieter nach dem 1.1.73 noch einmal 10% aufschlagen

Wenn ihr beispielsweise in einer Wohnung wohnt, die 1920 bezugsfertig war, die keine Sammelheizung und kein Bad hat, aber ein WC innerhalb der Wohnung und die 55 qm groß ist, dann beträgt die Tabellenmiete (Obergrenze der Grundmiete nach der Tabelle) DM 2.40 x 55 = 132 DM. Darauf kann der Vermieter 10% aufschlagen. Die höchstzulässige Grundmiete ist also 132 DM + 13.20 DM = 145.20 DM.
Zentralheizung und Bad können jedoch nur dann mitberechnet werden, wenn der Einbau bis zum 31.12.65 erfolgt war und vollständig vom Vermieter gezahlt wurde.

Was versteht man unter Sammelheizung?
Die Wohn- und Schlafräume müssen mit betriebsfähigen Heizkörpern versehen sein, die an eine einheitliche Heizquelle angeschlossen sind.

Was gilt als Bad?
Zu einem betriebsfähigen Bad gehört eine Badewanne und ein Heißwasserbereiter. Also: Kein Bad ohne Wanne und fließend Warmwasser. Duschbäder gelten nicht als Bäder im Sinne der Tabelle. (§3 II,3 Bundesmietengesetz)

Wie errechnet man die Qm-Zahl für seine Wohnung?
Nicht mitzuzählen braucht man einige kleinere Grundflächen wie Treppenabsätze, Schornsteine usw. sowie Räume oder Raumteile mit einer Höhe unter 1 Meter.
Zur Hälfte angerechnet werden Räume oder Raumteile mit einer Höhe von 1-2 Metern sowie Balkone und Loggien. Beides steht in den §§ 43,44 der 2.Berechnungsverordnung. Eine besondere Berechnungsweise wird angewandt bei Nebenräumen wie z.B. Flure, Speisekammern,

Bade-, Wasch- und Duschräumen und allen Kammern unter 6 qm. Wenn die Nebenräume mehr als 10% der gesamten Grundfläche der Wohnung ausmachen, dann wird das, was über 10% hinausgeht, nur zur Hälfte mitgezählt. (§ 4,III Bundesmietengesetz)

Beispiel: Gesamte Wohnfläche 100 qm
Nebenräume 20 qm
Anrechnung der Nebenräume
10 qm ≙ 10 %

Die restlichen 10 qm werden nur zur Hälfte gezählt. Die anrechenbare Grundfläche beträgt folglich 95 qm.
Wie geht man beim Ausmessen vor?
Beim Ausmessen der Wohnung sollte man von Fußleiste zu Fußleiste messen. Man zählt dann 3 cm hinzu, je Fußleiste 1,5 cm.
Was kann man tun?
Ihr könnt die zuviel gezahlte Miete für die letzten 12 Monate zurückfordern, indem ihr Klage beim Amtsgericht Hamburg, Mietabteilung, einreicht. Helfen werden euch Jura-Studenten, Referendare und Anwälte. Fragt die Mieterinitiativen, welche Anwälte sie empfehlen können. Sagt nicht, daß es euch zuviel Mühe macht oder daß ihr das Geld entbehren könnt. Denn es ist nicht gleichgültig, wer eine Summe von Geld erhält. Wenn ihr das Geld selbst nicht braucht, dann denkt doch bitte einmal daran, daß für jegliche politische Arbeit Geld gebraucht wird.
Zweitens müßt ihr wissen, daß es sich häufig um mehrere tausend Mark handelt. Drittens ist es so, daß ab Januar 1975 die Vermieter für eure Altbauwohnungen eine höchstens 10 %ige Mieterhöhung fordern können. Und dabei sind 10 % von z.B. 200 DM nun mal weniger als 10 % von 300 oder mehr DM.
Viertens ist es ein großer Vorteil, daß die Preisbindung für Altbauwohnungen durch eindeutige gesetzliche Bestimmungen geregelt ist.

Wie erfolgreich und einfach die Rückzahlung zuviel gezahlter Miete ist, zeigt das Beispiel einer Wohnung aus der Dillstraße. Dort hatte ein Anwalt die Wohnung genau ausgemessen und Klage eingereicht. Gleichzeitig bezahlten die Mieter nur noch die juristisch zulässige Miete. Schon kurze Zeit später schickte der Vermieter dem Anwalt einen Scheck über 3000 DM und erkundigte sich nach der Höhe der Anwaltskosten.
Warum der Vermieter so schnell reargierte? Weil die gesetzlichen Bestimmungen klar und eindeutig sind und er den Prozess mit Sicherheit verloren hätte. Dann hätte er aber auch die Prozesskosten bezahlen müssen.

Also seid nicht gleichgültig, wer Euer Geld in die Taschen steckt. Diskutiert in Euren Wohnungen, mit Freunden und Bekannten. Holt Euch das Geld vom Vermieter und unterstützt die politische Arbeit durch Spenden.
Und noch etwas: Gesetzestexte und die Mietbroschüre "Mietrecht für Mieter" sind im Manifest und in anderen linken Buchhandlungen erhältlich.
Anfang Dezember erscheint ein Flugblatt zu den Mietrechtsänderungen, die ab 1.Januar 1975 gelten. Genossen und Organisationen, die eine finanzielle Unterstützung leisten, bzw. das Flugblatt mit verteilen wollen, können das im Manifest mitteilen. Es findet dann ein Gespräch statt.

INFRASTRUKTURGRUPPE

AKTIONSTAG DER MI EPPENDORF

Am Sonnabend, dem 16. November, veranstaltete die Mieterinitiative Eppendorf, Gruppe Haynstraße/Hegestraße, d.h. die (studentischen) Mieter des Eckhauses Haynstr. 1-3/Hegestr. 41, einen Aktionstag, auf dem sie die Bevölkerung darauf hinwiesen, daß in dem Haus aus Spekulationsgründen 7 Wohnungen, teilweise schon seit über 2 Jahren aus Spekulationsgründen leerstehen (l. dazu auch INFO Nr. 2 und 5). Vorher waren die Fenster der leerstehenden Wohnungen von innen mit dem Wort "leer" bemalt worden. Gleichzeitig wurde ein Transparent herausgehängt: "Hier stehen 7 Wohnungen leer!" Am selben Tag erschien im Hamburger Abendblatt eine Anzeige, in der diese Wohnungen zum Vermieten angeboten wurden. Als daraufhin zahlreiche Wohnungssuchende beim Hausbesitzer, der IHA-Hausbau, anriefen, wurde diese sauer, weil sie weder die Anzeige aufgegeben hatte, noch die Wohnungen vermieten will, sondern im Gegenteil auch weiterhin daraufhinarbeitet, die Mieter rauszuschmeißen. In einem Brief an die Mieterinitiative drohte sie eine Klage wegen Geschäftsschädigung (Streitwert: 100 000 DM) an.

KARAM KHELLA SOLL AUSGEWIESEN WERDEN!

Der Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung des ägyptischen Staatsangehörigen Karam Khella, der schon seit 16 Jahren in der BRD lebt, wurde am 19.11.74 abgelehnt. Damit soll die Ausweisung Karam Khellas vorbereitet werden, der während seiner Lehrtätigkeiten an mehreren westdeutschen Hochschulen und jetzt als Lehrbeauftragter des SPZ (Sozialpädagogisches Zusatzstudium) Kritik am kapitalistischen Gesellschaftssystem geübt und sich für die Interessen der Studenten eingesetzt hat. Die Ausweisung ist nur ein Teil der Unterdrückungsstrategie des bürgerlichen Staats, mit der die Ausländer diszipliniert werden sollen, die sich für die Interessen ihrer unterdrückten Völker hier in der BRD einsetzen. Die Verbote von GUPS und GUPA, die heimliche Ausweisung von Tausenden von Ausländern und die Ausländergesetze zeigen die tiefe Verbundenheit des BRD-Kapitals mit den herrschenden Klassen der Länder der 3. Welt und seinen Willen, einen Teil zur Niederschlagung der Befreiungsbewegungen beizutragen.

WER SCHREIBT AN KNASTGENOSSEN?

Genosse im Knast (25 Jahre) will nach seiner Entlassung im Juli 1976 nach Hamburg ziehen und sucht Briefkontakt zu einer Hamburger Genossin.
Adresse:

Peter Nied
44 Münster
Postfach 4045

DANIŞ NESETS MÖRDER IMMER NOCH FREI!

Am 5. Mai 1974 wurde der türkische Ingenieur Daniş Neset auf einer Versammlung des türkischen Arbeitervereins von einer faschistischen Schlägertruppe zusammengeschlagen. Daniş Neset starb wenige Tage später an den Verletzungen. Die Schläger standen dem türkischen Generalkonsulat nahe.
Vier politische Freunde des erschlagenen Daniş Neset wurden von der Polizei als Tatverdächtige wegen "Landfriedensbruchs" festgenommen und von der Justiz 18 Tage lang in Haft gehalten. Unmittelbar nach dem Vorfall haben die Rechtsanwälte der Beschuldigten und der Witwe des erschlagenen Daniş Neset aufgrund eigener Ermittlungen die Freilassung der Inhaftierten verlangt.
Nahezu 6 Monate nach dem Geschehen hat jetzt die Staatsanwaltschaft Kiel das Ermittlungsverfahren gegen die 4 Freunde des Erschlagenen eingestellt.
Die Schläger befinden sich immer noch auf freiem Fuß.
(Presseerklärung der Anwälte)

ERKLÄRUNG DER RAF/AO

1. Wir, das Kommando "4. Februar" der RAF/AO haben in der Nacht vom 19./20. November einen Sprengstoffanschlag auf den Vorsitzenden Richter der 8. Großen Strafkammer, Hamburg, Geert Ziegler, Sieversen, Schwarzer Weg 79, durchgeführt.

2. Die revolutionäre Gewalt der Guerilla richtet sich nicht gegen das Volk, sondern immer gegen den Imperialismus, d.h. gegen all die, wo die Bullen überlegen, ob sie sie nun schützen sollen oder nicht. Das unterscheidet revolutionäre Gewalt vom Terror der Konterrevolution.

3. Der Hungerstreik ist Widerstand gegen Vernichtungshaft. Es geht jetzt nicht um "humane" Zwangsernährung, es geht um:

GLEICHSTELLUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN MIT ALLEN ANDEREN GEFANGENEN.

4. Der Hungerstreik im Knast, die erfolgreiche Aktion gegen den unter Bullenschutz stehenden Ziegler zeigt die Hilflosigkeit des faschistischen Apparates gegenüber konsequentem, revolutionärem Widerstand.

Wir werden Menschen sein

IMPRESSUM

Presserechtlich verantwortlich:
Gisela Kramer
Kontakt über: Manifest, Politischer Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr.79

INFO-Redaktionssitzungen finden jeden Mittwoch um 20 Uhr statt. Die Teilnahme steht allen undogmatischen Gruppen, die am INFO mitarbeiten oder mitarbeiten wollen, offen. Den Ort könnt ihr im Manifest erfragen.